

## ANFRAGE

der Abgeordneten **Gebert** und **Weninger**

an Herrn Landeshauptmann Dr. Erwin Pröll

### **betreffend Zukunft des Verkehrsverbundes Ost-Region**

Der Bund ist zu 50 % an der Verkehrsverbund Ost-Region GesmbH. beteiligt, in der auch die Bundesländer Wien (30 %), Burgenland (5 %) und Niederösterreich (15 %) Gesellschafter sind. Aus diesem Beteiligungsverhältnis ergibt sich auch die Aufteilung des jährlichen Durchtarifierungsverlustes, aus der der Bund derzeit 215 Millionen Schilling zur Finanzierung des VOR beiträgt. Nunmehr hat der Bund allerdings beschlossen, sich aus dieser Beteiligung zurück zu ziehen. Auf der Grundlage des Öffentlichen Personennah- und -regionalverkehrsgesetzes 1999 wird es zwar in Hinblick einen Finanzierungsvertrag mit dem Bund geben, allerdings ist die Beitragshöhe unabhängig vom tatsächlichen Durchtarifierungsverlust. Dies lässt eine Finanzlücke erwarten und birgt so die Gefahr, dass es zu einer Tarifverteuerung für die Fahrgäste kommt.

Daneben wurde in einer Anfragebeantwortung vom 19. März 2001 mitgeteilt, dass in Umsetzung mehrerer Landtagsbeschlüsse eine Studie in Auftrag gegeben wurde, die zu einer gemeinsamen Tarifreform der Verkehrsverbände in der Ost-Region führen soll. Der Endbericht zu dieser Studie wurde für das Frühjahr 2001 erwartet. Derzeit gibt es jedoch keinerlei Anzeichen, dass zumindest mit Jahresbeginn 2002 die längst überfällige Tarifreform wirksam werden könnte.

Die Gefertigten stellen daher an Herrn Landeshauptmann Dr. Erwin Pröll folgende

**A n f r a g e :**

1. Auf welcher Grundlage soll in Zukunft nach dem Rückzug des Bundes aus dem VOR dieser Verkehrsverbund strukturiert werden?
2. Welche Vorkehrungen wurden getroffen, um die künftige Finanzierung des Verkehrsverbundes Ost-Region abzusichern?
3. Können Sie gewährleisten, dass im Zuge der notwendigen Gesellschafterbeteiligungen im VOR es zu keinen Tarifierhöhungen für die Fahrgäste kommt?
4. Welche Ergebnisse brachte die Studie zur gemeinsamen Tarifreform der Verkehrsverbände in der Ost-Region?
5. Wann ist mit der Einführung eines neuen Tarifmodells zu rechnen?